

Fraktion Piraten	05.10.2021
An: Bürgermeister Lars König	ggf . Nummer P17/18
<input checked="" type="checkbox"/> <b>Antrag</b> gemäß § 8 Geschäftsordnung (selbständiger Antrag)  <input checked="" type="checkbox"/> <b>Vorschlag zur Tagesordnung</b> (§ 48 GO iVm § 2 Geschäftsordnung)  <b>zur Beratung im: HFA / Rat</b>  <input type="checkbox"/> <b>Anfrage</b> (§ 10 Geschäftsordnung) zur Stellungnahme	nachrichtlich <input checked="" type="checkbox"/> Bürgermeister <input type="checkbox"/> Ausschussvorsitzender d.  <input checked="" type="checkbox"/> SPD - Fraktion <input checked="" type="checkbox"/> CDU - Fraktion <input checked="" type="checkbox"/> Fraktion Bündnis 90/Die Grünen <input checked="" type="checkbox"/> Fraktion bürgerforum+ <input type="checkbox"/> Fraktion AfD <input type="checkbox"/> Fraktion Piraten <input checked="" type="checkbox"/> Fraktion Die Linke <input checked="" type="checkbox"/> Fraktion WBG <input checked="" type="checkbox"/> Fraktion FDP <input type="checkbox"/> Fraktion StadtKlima <input type="checkbox"/> Fraktionslose Ratsmitglieder <input checked="" type="checkbox"/> Integrationsrat <input type="checkbox"/>

Betreff  
Unrechtmäßige Videoüberwachung am Rathaus unverzüglich beenden

Inhalt (bei Anträgen gemäß § 47 Abs. 1 oder § 48 Abs. 1 letzter Satz GO ist auch die Dringlichkeit zu begründen)

#### Inhalt:

Die Verwaltung beendet die unrechtmäßige Videoüberwachung am Rathaus unverzüglich.

#### Begründung:

Am 9. Juli 2021 stellte unsere Fraktion überraschend etwa zehn Videokameras am sanierten Flügel des Rathauses fest. Diese Kameras waren teils so ausgerichtet, dass sie einen großen Bereich des öffentlichen Raums (Rathausplatz, Bürgersteige) zu erfassen schienen. Weiterhin war festzustellen, dass keinerlei Hinweisschilder mit Informationen über die Überwachungsmaßnahme vorhanden waren. Nach kurzer Klärung unserer Fraktion mit der Verwaltung kam man darin überein, dass dieser Zustand rechtswidrig ist, und die Kameras wurden zügig verhüllt. So wurde deutlich erkennbar, dass sie nicht aufnehmen und somit wurden keine Persönlichkeitsrechte mehr verletzt.

Da die Kameras – soweit uns bekannt ist – ohne jede Einbeziehung der Politik angeschafft wurden und wir sicher gehen wollen, dass durch die Überwachung keine Gesetze gebrochen werden, haben wir am 24. August eine Anfrage zum Thema eingereicht.

Während wir weiter auf die für Mitte Oktober angekündigte Stellungnahme der Verwaltung zum Thema warten, um besser beurteilen zu können, ob hier eine legale

Videoüberwachung überhaupt möglich ist, ist aktuell wieder ein klar rechtswidriger Zustand zu verzeichnen: die Kameras sind erneut nicht verhüllt. Zumindest ein Teil der Kameras ist – anders als noch im Juli – nun eingeschaltet, was an den leuchtenden LEDs an den Kameras zu erkennen ist (siehe Fotos). Nach wie vor wird der Pflicht nach umfassender Information und Transparenz über die Überwachungsmaßnahme (Art. 5, 12, 13 Datenschutz-Grundverordnung) nicht nachgekommen und es sind weiter keine entsprechenden Hinweisschilder vorhanden.

Eine intransparente Videoüberwachung ist zudem einen Bußgeldtatbestand nach Artikel 83, Absatz 5 Datenschutz-Grundverordnung. Selbst wenn die Videodaten derzeit nirgendwo gespeichert werden sollten, ist dies von außen nicht erkennbar. Daher stellt der derzeitige Zustand in jedem Fall einen Eingriff in die Persönlichkeitsrechte dar.

Wir würden es daher sehr begrüßen, wenn die Verwaltung von sich aus unverzüglich Abhilfe schafft, noch bevor dieser Antrag im Rat behandelt wird. Wir behalten uns zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung auch den Weg über die Aufsichtsbehörde offen.

gez.:

Elaine Bach, Patrick Bodden, Stefan Borggraefe  
(Ratsmitglieder Piratenfraktion Witten)



